

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

22. Jahrgang

Berlin, den 11. Februar 1955

Nummer 6

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Diskonterhöhungs-Welle?

Am 27. Januar hat die Bank von England ihren Diskont von 3 auf $3\frac{1}{2}\%$ erhöht. Damit hat die Welle der Geldverteuerung, die im Dezember in New York ihren Ausgang nahm, auch an die Küsten von Europa angeschlagen. Der internationale Geldmarkt ist wieder ein sehr empfindliches Instrument des internationalen Wirtschaftszusammenhangs geworden, eigentlich das einzige, das wieder gut funktioniert. Es reagiert sogar wieder mit beinahe maximaler Geschwindigkeit. Und die Tatsache, daß im ganzen die Vorgänge in New York für das Spielen dieses internationalen Wirtschaftsinstruments tonangebend und die Einflüsse von draußen auf den New Yorker Geldmarkt wesentlich schwächer sind, zeigt jetzt, in welchem Maße New York das Zentrum des internationalen (westlichen) Finanzsystems geworden ist, das vor 1913 London war.

Aber gerade darin erweist sich auch die doppelte Funktion der bewußten Zinspolitik, also vor allem der Diskontpolitik der Zentralbank (neben ihrer Politik der Veränderung der Reservevorschriften für das Bankwesen, den „open-market-operations“ und evtl. zusätzlichen Mitteln der Beeinflussung der Kreditgewährung und der Kreditkostengestaltung, von der „moral suasion“ bis zur direkten Kredit-Kontingentierung): Im Zentrum eines derartigen internationalen, simultan arbeitenden Kreditmechanismus ist die Zinsgestaltung überwiegend, wenn nicht ganz, autonome Konjunkturpolitik, in den Sekundär-Räumen (oder gar Randgebieten) ist sie primär Zahlungsbilanzpolitik.

Diese Zusammenhänge sollte man gerade im Augenblick nicht vergessen: Die Diskonterhöhung in Großbritannien am 27. Januar z. B. ist eindeutig eine solche primäre Zahlungsbilanzpolitik. Sie ist offenbar allerdings auch deshalb gewählt worden, weil man augenblicklich aus innenpolitischen Gründen statt einer zur Zeit an sich angebrachten, auf stärkere Etatüberschüsse ausgerichteten Finanzpolitik lieber eine kleine Konjunkturbremse in Form der Diskonterhöhung wählte, also — was an sich wohl wenig zweckmäßig und somit bedenklich ist — statt etwas „Gas wegzunehmen“ lieber ganz leicht auf die Bremse trat, bei gleich durchgetretenem Gashebel. Aber in der Hauptsache sollte doch die Diskontänderung das

durch die amerikanische Zinsentwicklung der letzten Wochen zuungunsten Englands veränderte internationale Zinsgefälle wieder etwas korrigieren — und sie hat dies offenbar auch bereits getan. Bei einer derartigen Veränderung des internationalen Gefälles für Kurzkredit-Zinsen ist aber nicht die Lage jedes Landes gleich der der anderen; manche Länder, darunter vor allem Großbritannien, stehen besonders tief in diesem Ab- und Zufließen von internationalem Kurzgeld; und zudem ist die Zahlungsbilanz- und Devisenreserve-Situation jedes Landes verschieden; z. B. ist die Westdeutschlands zur Zeit bei weitem stärker konsolidiert als die britische. Und der Sinn einer Diskontpolitik als Zahlungsbilanzpolitik kann ja wohl kaum der sein, jeden Geldzustrom zuzulassen, aber jeden Abstrom abzuwehren.

Hier ist die Verbindungsstelle der Diskontpolitik als Zahlungsbilanzpolitik zur allgemeinen Konjunkturpolitik. Offensichtlich besteht in der ganzen westlichen Welt, vor allem in Amerika, in diesen Monaten eine Psychose der Angst vor den — z. B. am Aktienmarkt — meist zum Teil noch anhaltenden, wenn auch offensichtlich schon stark irritierten Haussekräften, deren Wirken allerdings in der Tat weitgehend die Folge davon ist, daß man in USA die „recession“ 1953/54 in erster Linie durch übertriebene und einseitige „easy-money-policy“ bekämpft hat. Vielfach wird in Europa sogar schon von „Inflation“ gesprochen, weil einzelne Preise nach oben drücken. Aber gleichzeitig wird übersehen, daß andere Preise, und zwar keineswegs wenige, sinken. Von einem allgemeinen Preisauftrieb kann so gut wie nirgends die Rede sein. Die partiellen Haussekräfte — z. B. am Stahl- und Eisenmarkt — nähren sich in der Hauptsache aus sich selbst. Die Nachfrage, gemessen am Auftragsingang, ist wesentlich höher, als der Verbrauch, gemessen am Niveau der gesamten Investitionstätigkeit, überhaupt sein kann. Der Umbruch am Stahl- und Eisenmarkt ist also sozusagen früher oder später fällig, und an anderen Märkten (z. B. Holz) ist er schon da. Es ist erstaunlich, daß man die Geduld jetzt zu verlieren droht, nachdem die Haussestimmung, soweit sie überhaupt noch anhält, allein durch ihre Dauer sich schon von innen aus-

gehöhlt hat, da ja die Produktion (= Angebot) breit nachrückt. (Auch im Frühjahr 1951 hat z. B. in USA die Kreditpolitik in einer — im Gegensatz zu heute — wirklich ernsten Situation die Bremse erst dann schärfer gezogen, als der Umbruch schon da war.)

Im Grunde besteht diesmal überhaupt keine echte Hausse-Situation, besteht überhaupt keine Übersteigerungs- und „Inflations“-Gefahr. Denn es fehlt die Einheitlichkeit der Hausse-Situation. Überall sind — z. B. auf dem Markt der langlebigen Verbrauchsgüter — sogar beträchtliche Preisrückgänge (z. B. bei Automobilen) festzustellen, und in Amerika zeigen die großen Waren-Versandhäuser in ihren Katalogen neuerdings den tiefsten Preisstand seit 1950. Wenn man allerdings bei partiellen Preissteigerungen, sei es auf Unternehmenseite, sei es auf Arbeitnehmerseite, schon die Ruhe verliert, so bedeutet dies in der Konsequenz den Verzicht auf die Marktwirtschaft. Gerade jetzt muß die Preisreagibilität des Marktes gewährleistet bleiben, wenn er seine Funktion erfüllen soll. Und gewissen Preissenkungen können und müssen sogar gewisse Preissteigerungen gegenüberstehen, wenn die Preisstabilität aufrechterhalten werden soll. Oder soll nun schon Preisstabilität Inflation sein? — Auch ist es durchaus unzulässig, etwa von dem Ingangkommen der Spirale: Preise — Löhne (oder Löhne — Preise) zu reden, wenn in einzelnen Teilen der Wirtschaft normale, d. h. also dem Produktivitätszuwachs in der Gesamtwirtschaft etwa entsprechende Lohnsteigerungen — ganz oder zum Teil — auf den Preis überwält werden müssen, weil hier kein Produktivitätsfortschritt erzielt worden ist oder er unter dem Durchschnitt geblieben ist. Preisstabilität setzt eben voraus, daß eine durchschnittliche Lohn- und Einkommenssteigerung, die die Folge der

wachsenden Produktivität ist, sich dort, wo der Produktivitätsfortschritt unterdurchschnittlich bleiben mußte, im Preis entsprechend zum Ausdruck kommt, ebenso wie dort, wo der Produktivitätsfortschritt überdurchschnittlich ist, trotz Preisstabilität im ganzen die speziellen Preise dieser Branche doch zurückgehen. Und solche Preisrückgänge sind ja gerade heute überall zu beobachten. Nur wenn dieses Spiel der Einzelpreise um den (nahezu stabilen) Durchschnitt nach oben wie nach unten ungehindert abläuft, kann der Markt seine Wirtschaftslenkungsfunktion übernehmen, worauf es gerade jetzt besonders ankommt.

Der „richtige“ Weg zur Überwindung solcher Hausse-Psychosen ist also wohl nicht der, zu guter Letzt doch noch die Bremse zu ziehen (wenn dazu, wie bei uns, kein Zahlungsbilanzmoment zwingt), sondern alle Produktionskräfte zur Entfaltung zu bringen, damit das Angebot wächst und die Produktivität steigt. Aber gerade hier — und das darf man in dieser Situation wohl klar aussprechen — verfügt Westdeutschland, zum Teil auch aus strukturellen, standortmäßigen Gründen, über nur leicht schlummernde Produktivitätspotenzen wie zur Zeit kaum ein anderes Land und vor allem kaum ein anderes in Europa. Sie gilt es voll ins Gefecht zu führen. Ein gelegentliches „Kappen“ von gewissen Hausse-Spitzen durch restriktive Kreditpolitik wäre dabei, sofern nur der Einsatz dieser Reserven dadurch nicht behindert wird (was allerdings fraglich wäre), vielleicht nicht einmal so bedenklich, wenn nur der langfristige Zins in Westdeutschland schon ein „Normal-Tief“ erreicht hätte. Daß dies nicht der Fall ist, ist ein weiteres starkes Argument gegen eine — auch sonst, wie ausgeführt wurde, heute offenbar unnötige — kreditpolitische Restriktionsmaßnahme.

Die Bautätigkeit im Bundesgebiet und in West-Berlin im Jahre 1954

Verlangsamter Zuwachs in der Bundesrepublik

Nach den vorläufigen Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung belief sich 1954 das nominale Bauvolumen auf 18,5 Mrd. DM. Gegenüber 1953 betrug die Umsatzsteigerung des Bauhauptgewerbes 5 vH, während das Ausbaugewerbe — durch ungünstige Witterungsbedingungen weniger beeinflusst — seine wertmäßige Ausbringung um 16 vH erhöhen konnte. Der Umsatz der am Montagebau beteiligten Stahl- und Holzbaufirmen nahm um 6 vH zu.

Preisbereinigt betrug die Zuwachsrate für das gesamte Bauvolumen 6,5 vH (ein Jahr vorher noch 19 vH). Der Zuwachs hat sich somit außerordentlich verlangsamt.

Allerdings ergibt eine detaillierte Untersuchung, daß die Divergenz der verglichenen Fortschrittsraten zu einem wesentlichen Teil auf der unterschiedlichen Entwicklung in den jeweiligen ersten Jahreshälften beruht. So setzte sich der reale Zuwachs im Jahre 1953 aus einer Steigerung von rd. 20 vH im ersten Halbjahr und von rd. 18 vH im zweiten Halbjahr — jeweils gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres — zusammen. Demgegenüber war an der

realen Steigerung im Jahre 1954 gegenüber 1953 das erste Halbjahr nur mit 2,5 vH, das zweite Halbjahr immerhin mit 10 vH beteiligt. In der ersten Jahreshälfte 1954 trat also ein ungewöhnlich starker Abfall ein. Seine Ursache ist in den besonderen klimatischen Bedingungen und deren Folgeerscheinungen zu suchen.

Stärkere Steigerung güterseitig möglich

Daher gibt der außerordentliche Rückgang der jährlichen Fortschrittsrate auch keinen Anlaß zu der Besorgnis, daß die Entwicklung der Bauproduktion bereits 1954 an die „Kapazitätsgrenzen“ gestoßen sei und daß darum in Zukunft einer weiteren Zunahme güterseitig sehr enge Grenzen gezogen seien.

Insbesondere wäre seitens des verfügbaren Arbeitspotentials, das in der Bauwirtschaft im wesentlichen die jeweilige Kapazität repräsentiert, eine höhere Bauleistung möglich gewesen. Selbst wenn man von den 57 000 arbeitslosen Bauarbeitern während der Hochsaison absieht (da diese möglicherweise überhaupt nur schwer zu vermitteln waren oder infolge vorübergehenden, lokal begrenzten Arbeitsmangels keine Beschäftigung fanden), so war doch in den Frühjahrsmonaten 1954 noch eine beträchtliche Reserve an

Bauvolumen im Bundesgebiet

Zeit	Wohnungs- bau	Land- wirt- schaftl. Bau	Gewerbl. u. indu- strieller Bau	Öffentl. u. Ver- kehrsbau	Gesamtes Bau- volumen
Bauvolumen nominal in Mill. DM¹⁾					
1950	4 700	550	2 750	2 500	10 500
1951	5 900	650	3 350	3 300	13 200
1952	6 750	780	3 470	3 900	14 900
1953	8 300	750	3 730	4 420	17 200
1954	9 450	720	3 880	4 450	18 500
1952 1. Vj.	1 230	120	735	715	2 800
2. "	1 725	225	875	950	3 775
3. "	2 050	255	970	1 175	4 450
4. "	1 745	180	890	1 060	3 875
1953 1. Vj.	1 450	125	760	815	3 150
2. "	2 180	220	945	1 180	4 525
3. "	2 490	230	1 055	1 300	5 075
4. "	2 180	175	970	1 125	4 450
1954 1. Vj.	1 480	80	735	680	2 975
2. "	2 450	205	990	1 130	4 775
3. "	2 900	240	1 110	1 370	5 620
4. "	2 620	195	1 045	1 270	5 130
Preisniveau 1950 = 100²⁾					
1950	100	100	100	100	100
1951	116	117	116	114	115
1952	124	126	125	123	124
1953	120	120	121	121	121
1954	121	121	122	122	122
1952 1. Vj.	125	127	126	123	125
2. "	125	126	126	124	125
3. "	125	126	125	124	125
4. "	123	124	123	123	123
1953 1. Vj.	121	122	122	121	121
2. "	121	121	122	122	122
3. "	120	120	120	121	120
4. "	119	119	119	120	120
1954 1. Vj.	119	118	119	120	119
2. "	120	119	120	122	120
3. "	121	121	122	123	122
4. "	124	125	125	124	124
Bauvolumen real in Mill. DM³⁾					
1950	4 700	550	2 750	2 500	10 500
1951	5 091	555	2 887	2 885	11 418
1952	5 424	620	2 778	3 163	11 985
1953	6 900	623	3 090	3 647	14 260
1954	7 796	594	3 189	3 637	15 216
1952 1. Vj.	985	95	586	582	2 248
2. "	1 380	178	697	767	3 022
3. "	1 641	202	774	949	3 566
4. "	1 418	145	721	865	3 149
1953 1. Vj.	1 196	102	624	675	2 597
2. "	1 796	181	776	965	3 718
3. "	2 078	193	878	1 073	4 222
4. "	1 830	147	812	934	3 723
1954 1. Vj.	1 244	68	618	566	2 496
2. "	2 042	172	825	931	3 970
3. "	2 397	198	910	1 118	4 623
4. "	2 113	156	836	1 022	4 127

¹⁾ Neuberechnung einschließlich Montagebau und Architektenleistungen. — ²⁾ Veränderung unter Zuhilfenahme der Preisindexziffer für den Wohnungsbau durch spezielle Kombination der in ihr enthaltenen Gruppen für die einzelnen Baubereiche errechnet. — ³⁾ In Preisen des Jahres 1950.

Arbeitskräften vorhanden. Ihre allmähliche Inanspruchnahme zog sich bis in den Sommer hinein. Damit verstrichen wie in den früheren Jahren von der Zeit winterlicher Ruhe bis zum spätsommerlichen Beginn der Hochsaison vier Monate des Übergangs, in denen die vorhandenen Arbeitskräfte nur unzureichend genutzt wurden. Eine rechtzeitige Auftragsvergabe und eine schnellere Einrichtung der neuen Baustellen würde diese Übergangsperioden wesentlich verkürzt haben. Sie könnte in der Zukunft beträchtliche Leistungsreserven mobilisieren.

Eine andere Art mangelnder Nutzung war im Winter zu verzeichnen. Viele Baufirmen sind bemüht, sich für die Bausaison bewährte Fachkräfte dadurch zu sichern, daß sie diese auch im Winter im Beschäftigungsverhältnis belassen, obwohl allenfalls untergeord-

nete Arbeiten zu verrichten sind. Dies führt zu einer starken Minderung der Bauleistung je Arbeitskraft, die sich besonders im Jahre 1954, in dem diese „fiktive“ Beschäftigung überaus lange währte, sehr stark bemerkbar machte. So ergibt die übliche „Produktivitätsberechnung“ (Veränderung der realen Leistung je Beschäftigten oder je Arbeitsstunde) wegen dieser 1954 längeren und auch umfangreicheren winterlichen „Teilbeschäftigung“ nicht die — infolge des größeren Maschinenparks, gewachsener Arbeitserfahrung und besserer Materialien — zu erwartende Erhöhung der Effizienz gegenüber dem Vorjahr, sondern allenfalls eine Stagnation.

Es wäre daher zu prüfen, ob es nicht auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen vorteilhafter wäre, die infolge des geschilderten „Durchhaltens“ sowieso vorhandenen Stammkräfte durch Weiterführung von Bauvorhaben im Winter zu einer höheren Leistung zu bringen. Stellt man nämlich die technisch bedingte Verteuerung des sogenannten „Winterbaus“ den Einsparungen an zusätzlichen Löhnen gegenüber (ein Teil der Arbeitskräfte wird ja auf alle Fälle bezahlt), so erscheint es fraglich, bei welchem Verfahren auch für den Bauunternehmer der größere Nutzen herauspringt. Es kommt hinzu, daß im Winter längere Perioden scharfen Frostes und damit besondere Aufwendungen in der Vorbereitung des Materials nicht allzu häufig sind, sondern vielmehr im Regelfall durch Zeiten unterbrochen werden, in denen nur schwache Kälte oder sogar Temperaturen über dem Gefrierpunkt vorhanden sind.

Preistendenz steigend

Allerdings bedeuten die umrissenen Möglichkeiten einer Leistungssteigerung nicht, daß sich dieses stärkere Wachstum auch ohne zusätzliche Preissteigerung wird verwirklichen lassen. Zwar ergab sich im Durchschnitt des Jahres 1954 gegenüber 1953 lediglich eine gesamtwirtschaftlich unbedeutende Erhöhung der Baukosten um 1 vH. Der Verlauf der Preisbewegung während dieses Zeitraums rechtfertigt ihre etwaige Bagatellisierung jedoch nicht. Gaben nämlich die Preise während des Jahres 1953 leicht nach, so stiegen sie im Laufe des Jahres 1954 ständig an.

Da, wie eingangs geschildert, die Entwicklung der realen Zuwachsraten gegenläufig verlief, kann die Ursache für die wechselnde Preistendenz nicht vornehmlich auf ein „zu starkes“ Wachstum der Bautätigkeit zurückgeführt werden. Dennoch ist anzunehmen, daß eine stärkere Zunahme der Bauproduktion im vergangenen Jahr die bei einigen Materialien vorhandenen Auftriebstendenzen noch zusätzlich verstärkt hätte.

Dies dürfte sich vermutlich in der Preisentwicklung im Jahre 1955 zeigen. Da in Anbetracht des hohen Baubedarfs und der kapazitätsmäßig möglichen Ausweitung zu erwarten ist, daß die Zuwachsrate des Vorjahres mindestens wieder erreicht wird, dürfte vielerorts — wahrscheinlich auch mit Erfolg — versucht werden, die Löhne und die Gewinne zu erhöhen. Sollte nach dem Heraufgehen der Stahlpreise noch die bereits beantragte Steigerung der Kohlenpreise verwirklicht werden, so wäre — über die bereits erwähnten Faktoren hinaus — auch mit einem Preisauftrieb bei den in hohem Maße kohleabhängigen Baustoffen zu rechnen.

Da aber bereits ein Verharren des Baupreisniveaus des Jahres 1955 auf dem Stand des vierten Quartals 1954 zu einer durchschnittlichen Preiserhöhung gegenüber 1954 um rd. 1,5 vH führen würde, muß im kommenden Jahr bei einem Zusammenwirken der verschiedenen oben erwähnten Preisauftriebstendenzen mit einer durchschnittlichen Verteuerung der Bauleistungen von einigen Prozenten gerechnet werden.

Die Lage in den Baubereichen

Im Wohnungsbau erreichte der reale Zuwachs 1954 rd. 13 vH. Diese Rate ist, gemessen an der Gesamtzunahme des Bauvolumens von 6,5 vH und an dem sowieso schon hohen Niveau der Wohnungsproduktion, außerordentlich hoch. Die Zunahme der Zahl der 1954 fertiggestellten Wohnungen hängt bei gegebenem Bauvolumen davon ab, inwieweit die Qualität der erstellten Wohnungen verbessert wurde und sich der Umfang des „Wohnungsüberhangs“ und der Instandsetzung verändert hat. Das DIW schätzt, daß 1954 etwa 575 000 Wohnungen bezugsfertig geworden sind.

Im gewerblich-industriellen Bau hielt mit einer Zunahme von 3 vH die im Vorjahr festgestellte Aufwärtsentwicklung weiter an. Dagegen war im landwirtschaftlichen Bau gegenüber dem Vorjahr die Produktionsleistung um 4,5 vH geringer. Der starke Abfall dieses Baubereichs im ersten Halbjahr konnte auch im zweiten Halbjahr nicht ganz wettgemacht werden.

Der Öffentliche und Verkehrsbau insgesamt verharrete auf dem Vorjahrsniveau. Im einzelnen erfolgte jedoch im Hochbausektor dieses Baubereichs ein Rückgang um 6 vH, während im Tiefbau sich die Produktionsleistung um 3,5 vH erhöhte. Da im Öffentlichen Hochbau als einzigem Bereich auch die Produktion des zweiten Halbjahrs 1954 unter dem entsprechenden Vorjahrszeitraum lag, dürften hier nicht klimatische Gründe, sondern eine stärkere Zurückhaltung in der Auftragsvergabe die Ursache für den Rückgang gewesen sein.

Günstige Entwicklung in West-Berlin

Für West-Berlin beziffert sich das 1954 erreichte nominale Bauvolumen nach vorläufigen Berechnungen auf 790 Mill. DM. Auf Grund dessen ergibt sich — nach Vornahme der Preisvereinigung — für das reale Bauvolumen 1954 gegenüber 1953 eine Zuwachsrate von rd. 14 vH. Damit überstieg der Zuwachs der Bauproduktion in West-Berlin erheblich die Zunahme im Bundesgebiet.

Bauvolumen ¹⁾ West-Berlins
in Mill. DM

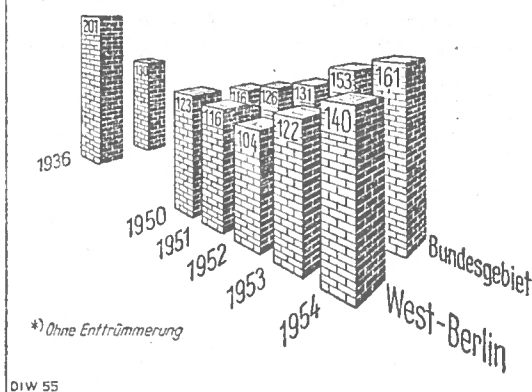
	1950	1951	1952	1953	1954 ²⁾
Wohnungsbau	208	197	221	319	394
Gewerbl. u. ind. Bau . . .	126	176	149	146	155
Verkehrsbau	71	71	69	55	65
Öffentl. Bau	81	105	117	135	145
Entrümmern	74	56	24	25	31
Gesamtes Bauvolumen . .	560	605	580	680	790
davon finanziert durch:					
öffentl. Mittel	355	359	389	445	502
private Mittel	205	246	211	235	288

¹⁾ In jeweiligen Preisen — einschl. Montagebau und Architektenleistungen. — ²⁾ Vorläufig.

Dennoch blieb West-Berlin mit seinem absoluten Niveau des Bauvolumens — je Einwohner gerechnet — im Jahre 1954 noch immer beträchtlich hinter dem Bundesgebiet zurück. Da unter normalen Verhältnissen das Bauvolumen in einer Großstadt relativ stets höher sein wird als in einem großen, mit ländlicher Bevölkerung durchsetzten Gebiet, zeigt dieser Niveauvergleich des Jahres 1954, wie sehr West-Berlin immer noch an Wirtschaftskraft gegenüber Westdeutschland zurücksteht.

BAUVOLUMEN ^{*} JE EINWOHNER

RM/DM in Preisen von 1936



Im Basisjahr 1936 belief sich das Bauvolumen im heutigen Bundesgebiet auf 130 RM und im heutigen West-Berlin auf 201 RM je Einwohner. Die Bautätigkeit West-Berlins übertraf also damals die des Bundesgebietes um rd. 55 vH. Der eindeutige Abstand des großstädtischen Bedarfsniveaus würde selbst dann erhalten bleiben, wenn man berücksichtigt, daß die West-Berliner Daten des Basisjahrs durch einmalige Repräsentationsbauten relativ überhöht waren.

Dagegen zeigte sich in der Nachkriegszeit ein völlig anderes Bild. Bereits im Jahre 1950 war die Niveaugleichheit nahezu hergestellt. Da in beiden Gebieten die Bautätigkeit des Jahres 1950 jedoch wesentlich unter der des Jahres 1936 lag, beruht der Rückgang des West-Berliner „Vorsprungs“ ausschließlich auf dem starken Abfall der eigenen Bautätigkeit.

Von 1950 bis 1953 fand im Bundesgebiet eine stetige beträchtliche Zunahme der Bauleistung je Einwohner statt, während in West-Berlin — hauptsächlich aus Mangel an Finanzierungsmitteln bei laufender Erhöhung der Baukosten — das Bauvolumen zurückging. Als Ergebnis dieser divergierenden Entwicklung überwog 1953 die Bautätigkeit des Bundesgebiets die West-Berliner Bauleistung um 25 vH. Erst 1954 verringerte sich der Abstand etwas zugunsten West-Berlins.

Wie im Bundesgebiet war auch in West-Berlin der Wohnungsbau für die Zunahme des Bauvolumens 1954 ausschlaggebend. Mit einem Gesamtvolumen von 394 Mill. DM konnte er eine nominale Steigerung von 24 vH ausweisen. Demgegenüber verlief die Aufwärtsentwicklung in den übrigen Baubereichen — den Tiefbau ausgenommen — bedeutend langsamer. Hervorzuheben ist, daß erstmals seit 1950 sämtliche Baubereiche — wenn auch, wie erwähnt, in unterschiedlichem Ausmaß — an der Steigerung des gesamten Bauvolumens beteiligt waren.

Innerhalb der Finanzierungsmittel dominieren nach wie vor die Mittel aus öffentlichen Quellen. Ihr Umfang bestimmte in West-Berlin im wesentlichen das jeweilige Bauvolumen. Immerhin nahmen im Jahre 1954 auch die privaten Finanzierungsmittel stark zu. Auf Grund dieser Tendenz sowie der reichlichen Bereitstellung öffentlicher Baumittel ist für das laufende Jahr eine weitere Zunahme der Bautätigkeit in West-Berlin zu erwarten.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.

Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig.

Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Krenkel, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N63, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—

— Hierzu 1 Zahlenbeilage —

Gegenstand	Einheit†)		1953		1954											
			Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Ver. Staaten von Amerika																
Bruttosozialprodukt	Mrd. \$	24)	.	360,5	.	.	355,8	.	.	356,0	.	.	355,5	.	.	360
Privater Verbrauch	"	24)	.	229,7	.	.	230,5	.	.	233,1	.	.	234,8	.	.	236
Bruttoinvestition, privat einschl. Außenbeitrag	"	24)	.	44,9	.	.	43,4	.	.	44,6	.	.	45,1	.	.	48
Öffentlicher Bedarf	"	24)	.	86,0	.	.	81,9	.	.	78,3	.	.	75,6	.	.	76
Erwerbstätige, gesamt 1)	1000	E	62276	60680	59753	60055	60100	60598	61119	62098	62148	62277	62145	62141	61732	60688
Arbeitslose	"	"	55659	55310	54469	54351	54225	54522	54297	54470	54661	55349	54618	54902	55577	55363
Produktion, gesamt 2)	1947/49 = 100	D	129	126	125	125	123	123	125	124	123	123	124	126	129	130
Verarb. Industrie	"	"	131	127	127	126	125	125	126	125	124	125	126	128	131	132
Bergbau	"	"	111	113	113	112	112	109	111	114	112	109	108	109	112	116
Lagerhaltung der verarb. Ind. 3)	Mill. \$	E	46909	46722	46382	46115	45774	45183	44805	44638	44208	43878	43700	43811	43841	.
Außenhandel, Generaleinfuhr	"	S	849	907	833	809	862	957	829	946	822	824	781	763	847	.
Generalausfuhr	"	"	1247	1353	1092	1182	1125	1425	1399	1473	1291	1155	1113	1266	1219	.
Goldbestand, gesamt	"	E	22028	22030	21956	21958	21965	21969	21973	21927	21908	21809	21810	21759	21710	21712
Zahlungsmittelumlauf, gesamt	"	"	30807	30781	29981	29904	29707	29735	29870	29922	29892	29929	29985	30074	30500	30503
Bankdebitoren, gesamt 4)	"	S	140992	168596	154281	141926	171354	154759	149812	163508	154849	151503	149899	152321	156843	186317
Konsumkredite, "	"	"	28760	29537	28724	28140	27833	28095	28372	28666	28725	28736	28856	28975	29209	.
Emissionen, "	"	"	3506	2736	1655	1386	1961	1947	4386	2438	2151	1298	2131	6437	1298	.
Neues Kapital 5)	"	"	429	1438	544	439	660	486	652	859	898	846	777	895	262	.
Aktienkurse (480 Aktien) 7)	1947/49 = 100	D	187,5	190,7	195,4	199,6	204,9	212,7	219,8	222	231	236	239	244	252	265
Kurse festverzinslicher Werte 8)	vH	S	113,6	113,5	114,6	116,5	117,9	118,1	117,5	117,0	117,5	117,8	117,6	117,5	117,4	117,0
Staatseinnahmen	Mill. \$	S	5144	5403	4619	6425	13013	3556	5037	11241	3148	4801	5280	2887	4905	.
Staatsausgaben	"	"	5423	6387	5071	4707	5555	5296	5203	7115	4827	6731	5019	4857	3842	.
Großhandelspreise 9)	1947/49 = 100	D	109,8	110,1	110,9	110,5	110,5	111,0	110,9	110,0	110,4	110,5	110,0	109,7	110,0	109,5
Lebenshaltungskosten 10)	" = 100	M	115,0	114,9	115,2	115,0	114,8	114,6	115,0	115,1	115,2	115,0	114,7	114,5	114,6	114,3
Großbritannien																
Erwerbstätige, gesamt 1)	1000	E	22349	22288	22288	22275	22274	22344	22430	22465	22518	22613	22614	22635	.	.
Registrierte Arbeitslose	"	"	323	322	373	387	343	317	289	240	220	240	236	253,9	263,1	.
Produktion, gesamt 11)	1948 = 100	D	133	121	127	130	131	124	132	127	116	112	131	135	137	127
Metallindustrie	"	"	136	123	129	132	135	128	138	132	119	114	136	140	.	.
Textilindustrie	"	"	125	111	122	123	123	113	123	115	104	99	122	.	.	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. £	S	263,5	274,5	274,0	233,8	286,9	276,3	271,4	282,3	280,6	258,4	279,6	219,0	328,3	306,1
Spezialeinfuhr	"	"	239,9	224,6	225,7	201,1	246,4	224,9	228,9	217,7	246,9	205,6	210,4	214,9	196,5	255,7
Bank von England, Goldbestand	"	E	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4
Notenumlauf	"	"	1549,9	1619,9	1535,2	1547,9	1576,9	1612,6	1613,4	1647,4	1715,8	1653,9	1635,4	1635,9	1669,2	1751,7
Emissionen, gesamt 12)	"	S	11,1	20,6	13,0	86,7	50,2	12,5	34,1	14,7	31,9	125,3	48,8	29,0	64,4	.
Aktienkurse (Financial Times)	1935 = 100	D	130,0	128,5	133,0	137,4	136,6	144,2	149,0	152,3	158,8	165,9	171,2	176,3	179,3	179,8
Staatseinnahmen	Mill. £	S	286,2	262,0	867,2	568,9	389,4	308,0	305,7	223,9	323,0	349,3	271,6	277,6	348,3	308,0
Staatsausgaben	"	"	327,7	441,1	316,3	367,3	491,6	365,2	282,1	331,9	295,6	331,9	356,2	310,3	329,7	443,1
Großhandelspreise 13)	1938 = 100	D	322,9	321,4	321,2	321,6	324,1	325,2	326,3	327,7	328,1	324,7	323,9	324,3	326,0	330,7
Lebenshaltungskosten 14)	Juni 1947 = 100	"	140	140	140	140	141	142	141	142	145	144	143	144	145	145
Frankreich																
Arbeitslose 15)	1000	E	57,8	61,9	72,4	77,7	75,9	73,0	69,1	61,7	56,1	54,6	48,4	49,2	53,2	57,3
Produktion 16)	1938 = 100	D	148	152	149	149	152	157	161	158	148	121	157	160	161	165
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mrd. frs.	S	122,40	118,80	135,2	127,9	128,4	137,1	133,8	132,5	121,8	116,5	117,6	114,5	125,0	131,9
Spezialeinfuhr	"	"	135,40	125,10	120,2	130,6	122,5	127,4	125,5	125,6	114,9	116,5	114,3	129,7	138,5	146,7
Bank v. Frankreich, Goldbestand	"	E	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201
Notenumlauf	"	"	2169	2310	2254	2257	2235	2322	2319	2381	2386	2402	2444	2428	2458	2539
Emissionen v. Obligationen	"	S	8,5	6,3	3,0	13,1	0,7	7,4	.	20,0	8,1	3,7	15,7	18,5	15,0	0,1
Aktienkurse (122 Ind.-Akt.)	1949 = 100	D	167	167	179	176	183	195	205	200	218	238	254	264	293	313
Kurse festverzinslicher Werte	"	"	114,4	113,8	114,6	114,9	116,0	115,7	115,4	114,9	114,9	116,6	116,4	117,6	119,6	120,1
Großhandelspreise (319 Waren)	"	"	137,4	138,0	137,9	137,8	136,3	136,8	138,9	134,8	134,4	135,9	134,6	133,9	134,7	135,2
Lebenshaltungskost. (Paris, 34W)	"	"	141,3	142,1	143,2	144,1	143,6	142,4	144,2	143,8	141,9	141,7	142,6	142,9	144,2	144,9
Niederlande																
Arbeitslose 17)	1000	E	103,1	132,2	144,2	142,5	104,6	90,7	73,1	62,3	64,1	61,3	53,5	52,1	69,0	99,4
Produktion, arbeitstägl.	1949 = 100	D	138	132	132	132	135	142	148	149	135	136	145	149	147	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. hfl.	S	808	833	840	709	935	753	860	861	961	872	889	947	954,0	.
Spezialeinfuhr	"	"	737	681	758	621	792	696	700	724	745	702	763	870	886	.
Niederländ. Bank, Goldbestand	"	E	2775	2792	2982	2924	2924	2924	2924	2930	3006	3015	3015	3015	3015	3015
Notenumlauf 18)	"	"	3253	3330	3177	3192	3290	3267	3367	3357	3395	3418	3373	3367	3516	3579
Emissionen 19)	"	S	3,1	2,2	22,1	458,3	37,3	7,7	11,7	2,1	8,8	109,4	2,0	38,0	57,7	29,5
Aktienkurse	1938 = 100	D	160,5	164,8	171,5	176,7	178,0	181,8	186,0	189,2	198,6	199,8	200,8	209,7	224,8	224,6
Großhandelspreise	1948 = 100	"	134	134	135	136	135	136	137	137	134	134	134	136	136	.
Lebenshaltungskosten	1949 = 100	M	120	120	123	124	124	125	126	127	127	126	126	127	127	.
Belgien																
Arbeitslose 20)	1000	D	237,0	288,0	368,0	328,0	250,0	232,0	219	207	198	177	162	157	177	.
Produktion, gesamt 21)	1936/38 = 100	"	117	120	125	125	127	125	119	122	108	116	124	127	121	127
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. bfrs.	S	10407	10585	9796	9061	11960	10828	10656	10537	10032	10251	11256	10823	.	.
Spezialeinfuhr	"	"	9664	9874	9593	7863	9450	10044	8693	9875	9138	8723	9055	10489	10856	.
National Bank, Goldbestand	"	E	38300	38800	39000	39400	39400	39400	39000	38300	38300	37800	38000	38000	38300	.
Notenumlauf	"	"	98100	101000	99100	98200	97300	98200	98200	98200	101000	101000	101200	100400	98900	.
Aktienkurse	1936/38 = 100	D	241	242	242	247	245	255	272	280	281	296	297	302	298	310
Großhandelspreise	"	"	412	413												